

# **Aufruf zur internationalen Solidarität mit den politisch Angeklagten am 17. Juni 2016 in München!**

In Deutschland gibt es derzeit etwa 20 politische Gefangene türkischer und kurdischer Herkunft, die nach dem geltenden Gesinnungsparagrafen 129b in Verbindung mit 129a StGB entweder vor einer Anklage stehen oder teilweise von der deutschen politischen Justiz schon in der Vergangenheit ungerechtfertigt bestraft wurden. Am 17. Juni 2016 beginnen nun die Gerichtsverhandlungen eines solchen neuen Anklageverfahrens am Oberlandesgericht (OLG) München gegen zehn revolutionäre Personen aus der Türkei. Dieser Fall ist der größte Prozess gegen Revolutionäre und Kommunisten der letzten Jahrzehnte in Deutschland!

Laut Anklageschrift seitens der Generalbundesanwaltschaft (GBA) heißt es: »Die Angeschuldigten sind hinreichend verdächtig, sich als Mitglieder – der Angeschuldigte Müslüm E. als Rädelsführer – an der ausländischen terroristischen Vereinigung „Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch“ (TKP/ML) beteiligt zu haben (§ 129b Abs. 1 i. V. m. § 129a Abs. 1 und Abs. 4 StGB) ...« In der nunmehr zugestellten Anklageschrift heißt es, die TKP/ML habe sich zum Ziel gesetzt, die derzeitige Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei mittels „bewaffnetem Kampf“ zu beseitigen und durch ein kommunistisches Regime unter ihrer Kontrolle zu ersetzen.

Diese zehn revolutionären Personen türkischer und kurdischer Herkunft – Müslüm Elma, Erhan Aktürk, Haydar Bern, Musa Demir, Deniz Pektaş, S. Ali Uğur, Sami Solmaz, Mehmet Yeşilçalı, Dr. Sinan Aydın, Dr. D. Banu Büyükavcı – sind zum größten Teil politisch anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Konvention. Sie haben ihre politische Identität und Arbeit nie geleugnet. Diese Personen werden nun dem anti-demokratischen türkischen Staat seinem neuen Diktator Erdogan zu liebe vor die Anklagebank der deutschen politischen Justiz gestellt.

Die heutige deutsche Regierung handelt leider in einer – von breiten Schichten der deutschen Gesellschaft abgelehnten und politisch kritisierten – Komplizenschaft mit dem staatsterroristisch handelnden türkischen Sicherheitsapparat und der korrupten Justiz. Somit unterstützt Frau Merkels Regierung die mörderischen, anti-demokratischen, gar faschistoiden Machenschaften des Recep Tayyip Erdoğan und seine De-facto-Präsidialherrschaft. Die massive finanzielle, politische und militärische Hilfe für die Türkische Republik könnte der Bundesregierung jedoch bald zum Verhängnis werden.

Wir rufen alle fortschrittlichen Organisationen und Einzelpersonen auf, gegen diese außen- und machtpolitisch motivierte Anklage eine couragierte Position zu beziehen und die internationale Solidarität mit den revolutionären politischen Gefangenen zu stärken, damit diese Anklagen gemeinsam und international zum Scheitern gebracht werden kann.

**Anti-Faschismus und Befreiungskampf sind kein Terrorismus,  
sondern ein internationales und gerechtfertigtes Widerstands- und Freiheitsrecht!  
Revolutionärer Kampf ist überall legitim!  
Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!  
Freiheit für alle politischen Gefangenen**

Kommt zahlreich mit euren Transparenten, Forderungen und Solidaritätsbekundungen zu der Auftakt- und Protestkundgebung am 17. Juni 2016, um 9:00 Uhr, vor dem Oberlandesgericht München, Nymphenburger Straße 16, 80335 München.